

Krise? Welche Krise?

Hintergründe und Fachbegriffe
zur Wirtschafts- und Finanzkrise



LOS



Impressum

Stiftung Leben & Umwelt | Heinrich Böll Stiftung Niedersachsen
Warmbüchenstraße 17
30159 Hannover

Telefon 0511 - 30 18 57 - 0

E-Mail info@slu-boell.de

Homepage <http://www.slu-boell.de>

Text Natalie Boest

Layout Andreas Brieger

Titebild abgeleitet von Scott Savage, „Monopoly Nazi“, unter Creative Commons Lizenz

andere Bilder Heinrich-Böll-Stiftung, worldofmonopoly.co.uk

Druck Umweltdruckerei Hannover

Auflage 500 Exemplare

Hannover, Mai 2011

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit der Finanzkrise ist offenkundig geworden, dass sich die „Finanzwelt“ in den letzten Jahren immer stärker von der realen Wirtschaft abgekoppelt hat. Es wurden immer neue Finanz- und Anlageprodukte geschaffen, von denen wir inzwischen wissen, dass nicht nur die Anleger_innen sie längst nicht mehr durchschaut haben, sondern auch die Branche selbst offenkundig nur noch eine ungefähre Ahnung davon hatte, was sie eigentlich in immer größerer Geschwindigkeit handelt.

Mindestens so undurchsichtig wie die gehandelten Finanzprodukte selbst ist die Fachsprache, mit der die „Finanzwelt“ auch sprachlich ihren eigenen Kosmos geformt hat. Sie hat sich damit – bewusst oder unbewusst – einer breiteren gesellschaftlichen Kontrolle entzogen. Die aber ist für die Zukunft wesentliche Voraussetzung dafür, dass nicht erneut wenige Spekulanten durch verantwortungslose Profitmaximierung unser globales Wirtschaftssystem ins Chaos stürzen und damit Millionen Menschen ärmer machen.

Wir, die Gesellschaft, werden uns in Zukunft mehr als bisher darum kümmern müssen, was in den Bankentürmen in New York, London, Zürich oder Frankfurt passiert, nach welchen Regeln dort gespielt wird. Voraussetzung dafür ist, sich zumindest mit den wichtigsten Fachbegriffen auseinander zu setzen. Dafür haben wir Ihnen auf den folgenden Seiten ein Glossar der „Finanzwelt“ zusammengestellt, das neben Grundlegendem insbesondere auch die aktuellen Begrifflichkeiten enthält, die mit der Finanzkrise den Weg in die Berichte und Artikel gefunden haben oder sogar sprachliche Neuschöpfungen dieser Entwicklung sind.

Hannover, April 2011

Hans-Jürgen Klein, MdL, B90/Die Grünen

Vorwort der Autorin

Liebe Leser_innen,

im Rahmen meines Freiwilligen Sozialen Jahres Politik in der Stiftung Leben & Umwelt | Heinrich Böll Stiftung Niedersachsen gibt es eine Vielzahl von Themen, die mich sehr beschäftigen. Die Vorgabe des FSJPol, mindestens ein „eigenes“ Projekt zu konzipieren und durchzuführen, stellte mich entsprechend vor eine große Herausforderung. Im Verlauf der Monate konzentrierte sich die interne Planung auf das Thema „Den Staat neu denken“. Ein Teilbereich, die Finanz- und Wirtschaftspolitik, interessierte mich bereits während meines Abiturs und so entschloss ich mich, mein Projekt in diesem Bereich anzusiedeln und intensiver zu bearbeiten. In den vergangenen Jahren hatte die weltweite Krise auch auf Deutschland eine immense Auswirkung und bis heute bestimmt dieses Thema große Teile der nationalen und internationalen Politik.

Die Fragen | Was war der Auslöser? Haben wir nicht vielleicht auch eine große Mitschuld? Und was genau verbirgt sich hinter all den Abkürzungen, Begriffen und Institutionen, die in diesem Zusammenhang genannt werden? | waren für mich sehr zentral, um die Geschehnisse zu verstehen. Während der Zeit der Finanzkrise vom Beginn bis heute und mit Entstehung der Euro-Krise stand ich manchen Begriffen recht hilflos gegenüber. Oder wissen Sie genau, was CDOs sind oder der ESFS ist? Was ist mit den vielen Abkürzungen gemeint, die uns in den Medien entgegenschlagen? Dieses Glossar soll etwas Licht in die Unübersichtlichkeit der Finanzwelt und ihrer Begriffe geben und so das Verstehen der komplexen Zusammenhänge (hoffentlich) fördern und erleichtern.

Ganz herzlich möchte ich mich an dieser Stelle bei Renate Steinhoff und Silke Inselmann von der Stiftung Leben & Umwelt bedanken, die mich in der arbeitsintensiven Zeit bei der Erstellung des Glossars unterstützt haben.

Ein ebenfalls großer Dank geht an Hans-Jürgen Klein, finanzpolitischer Sprecher der Grünen im niedersächsischen Landtag, und seinem wissenschaftlichen Mitarbeiter Josef Voß. Gemeinsam haben wir diese Idee entwickelt und beide haben mir mit ihrem fachlichem Wissen beiseite gestanden.

Und zu guter Letzt ein großes Dankeschön an Andreas Brieger, Stipendiat der Heinrich-Böll-Stiftung, der das Layout für mich erstellt und genau verstanden hat, was mir hier am Herzen lag.

Hannover im April 2011

Natalie Boest

Einleitung

Nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 und dem Platzen der Dotcom-Blase¹ reagierte die amerikanische Notenbank FED mit einer Niedrigzinspolitik auf den Weltmärkten.

In der Folge entstand eine hohe Liquidität im Finanzsystem und es entwickelte sich an den Kreditmärkten eine längere Phase niedriger Zinssätze. Das niedrige Zinsniveau führte zu einer verstärkten Immobiliennachfrage in den USA. Millionen Kreditkunden kündigten bestehende Hypothekenkredite und refinanzierten diese zu niedrigerem Zins. Die Nachfrage und damit auch die Preise für Eigenheime stiegen. Die Hausbesitzer_innen nutzten die steigenden Preise, um zweitrangige Hypothekenkredite über den erhöhten Wert des Eigenheims aufzunehmen. 2005 stieg der US-Leitzins deutlich, trotzdem gab es weiterhin niedrige langfristige Zinsen und niedrige Hypothekenzinsen. Die weiter steigenden Preise sahen die Banken als ausreichende Garantie, auch einkommensschwache Schuldner_innen den Traum vom Eigenheim verwirklichen zu können, und gaben Kredite aus (Subprime-Kredite). Die Immobilienpreise begannen problematisch zu fallen und viele Amerikaner_innen konnten ihre Zins- und Tilgungsraten nicht mehr bezahlen. Plötzlich bekamen Millionen Amerikaner_innen keine Kredite mehr um ihre Hypotheken zu finanzieren und mussten ihre Häuser verkaufen. Der Immobilienmarkt wurde mit Angeboten überschwemmt, die Häuserpreise brachen ein. Banken und Investor_innen wurden zunehmend mit ungesicherten Kreditforderungen konfrontiert. Die Zahlungsunfähigkeit von Schuldner_innen bescherte ihnen heftige Verluste. Die in diesen Jahren angenommenen Wertsteigerungen der Immobilien waren zu optimistisch und es gab keine Mittel, um das fehlende Eigenkapital der Schuldner_innen zu ersetzen.

¹ alle unterstrichenen Begriffe werden in diesem Glossar erläutert

Anfang 2007 gab es die höchsten Zahlungsausfälle der Subprime-Kredite in den USA. Viele der Hypothekenkredite wurden gebündelt und in sogenannten Verbriefungen weiterverkauft. Die Verbriefungen nützen der Volkswirtschaft, durch sie wird die Kreditversorgung verbessert. Eine Form von Geldbeschaffung, durch die zugleich die Risiken zu Banken oder privaten Investor_innen wandern, die in der Lage sind, sie zu tragen. Interessierten Investor_innen, auch aus anderen Ländern der Welt, war jedoch nicht mehr ersichtlich, was den Wert dieser Wertpapiere tatsächlich ausmachte. Die Banken und Investor_innen verließen sich auf die Rating-Agenturen, die die Noten für die Verbriefungen erteilen und in den meisten Fällen (teilweise unberechtigte) Bestnoten vergaben.

Nachdem die Hauskäufer_innen ihre Kredite nicht mehr tilgen konnten, stuften die Rating-Agenturen in der Zeit vom 10. - 12. Juli 2007 die Verbriefungen zurück, oft um gleich mehrere Kategorien. Verbriefungen ließen sich nun nicht mehr verkaufen und der Markt für Papiere brach in kürzester Zeit zusammen. Die Banken sprangen ein, um den Wertpapiermarkt zu stützen und mussten gleichzeitig Kreditausfälle verbuchen. Sie wurden vorsichtiger bei der Kreditvergabe untereinander. Dies verursachte nicht nur Liquiditätsengpässe, sondern auch eine Vertrauenskrise.

Am 9. August 2007 stiegen die Aufschläge für Kredite zwischen den Banken (Interbankkredite) sprunghaft an. Im Laufe des Jahres 2008 hatte sich die Finanzkrise auf die gesamte Wirtschaft ausgedehnt. Im September 2008 musste die viertgrößte US-amerikanische Investmentbank, die „Lehman Brothers“, Gläubigerschutz beantragen. Hiernach froren die wechselseitigen Kreditbeziehungen nahezu aller Banken fast vollständig ein.

Die Finanzkrise erfasste ab September 2008 in vollem Umfang auch Deutschland und Europa. „Depfa“, das Tochterinstitut der Hypo Real Estate (HRE), mit Sitz in Deutschland, erhielt z.B. keine Kredite mehr auf dem Interbankenmarkt. Ohne diese konnte die langfristigen Finanzierungen kurzfristig nicht mehr refinanziert. Die HRE wurde zu hohen Abschreibungen gezwungen. Mit einer ersten Rettungsmaßnahme durch private und öffentliche Banken wurde der Zusammenbruch des DAX-Unternehmens verhindert. Auch in anderen europäischen Ländern kam es zu schweren Auswirkungen auf die Finanzsysteme. Die Regierungen unterstützten ihre

Banken mit Milliardenbeträgen. Bis schließlich als erstes Land Island vor dem Staatsbankrott stand. Die größten isländischen Banken hatten sich zu hoch verschuldet. Per Notstandsgesetze kam das komplette Finanzsystem in öffentliche Hand.

Den Regierungen wurde bewusst: die Weltfinanzmärkte werden zusammenbrechen, wenn die Institute nicht von den „toxischen“ Wertpapieren befreit werden. Solange diese die Bilanzen der Banken belasten, wird es keine Entspannung in der Vertrauenskrise geben. Damit würden auch bisher nicht bedrohte Banken in Schwierigkeiten geraten.

Mit einer Reihe von Maßnahmen griff auch die Bundesrepublik Deutschland in das deutsche Finanzsystem ein. Darunter fallen Gesetze wie das Gesetz zur Stabilisierung des Finanzmarktes, das Bankenenteignungsgesetz oder das Bad-Banksgesetz sowie Staatsgarantien und Konjunkturprogramme. Trotz aller staatlicher Anstrengungen folgte kurzfristig eine bedeutsame Krise mit Produktionsrückgang, Kurzarbeit und gefährdeten Arbeitsplätzen.

Finanz- und Wirtschaftskrise führten zu hoher Verschuldung einiger Euro-Länder. Die privaten Schulden der Banken gingen mit großen Rettungspaketen auf die Regierungen über. Am schwersten betroffen waren Griechenland, Irland, Spanien, Italien und Portugal. Die Länder gerieten in Zahlungsschwierigkeiten und ihre Kreditwürdigkeit wurde herabgestuft. Die Zinsen der Staatsanleihen betroffener Euro-Länder stiegen an, bis kaum eines der Länder mehr in der Lage war, sich selbst zu finanzieren.

Am 25. März 2010 beschlossen die Länder der Eurozone einen ersten Notfallplan für Griechenland. Es gab freiwillige Kredite der Euro-Länder, sowie des Internationalen Währungsfonds (IWF). Die Maßnahmen reichten nicht aus und so spannten die Euro-Länder am 10. Mai 2010 den Euro-Rettungsschirm, einen provisorischen Stabilisierungsmechanismus. Parallel dazu begann die Europäische Zentralbank (EZB) mit dem Aufkauf von Staatsanleihen hoch verschuldeter Euro-Staaten. Bis Ende Mai 2010 hatte die EZB für rund 40 Milliarden Euro

Staatsanleihen gekauft. Nach der Einführung des Rettungsschirms sanken die Risikoaufschläge für Staatsanleihen.

Zur weiteren Stabilisierung wurde im Juni 2010 die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) gegründet. Ihre Aufgabe ist es, bis zu 440 Milliarden Euro aufzunehmen. Sie vergibt dafür Anleihen, für die dann die Mitgliedstaaten bis zu einem bestimmten Betrag bürgen. Die Kredite werden an finanziell angeschlagene Mitgliedstaaten weitergegeben. Am 25. Januar 2011 vergab die EFSF ihre erste Anleihe mit einem Volumen von 5 Mrd. Euro, einer Laufzeit von 5 Jahren und einer Anfangsrendite von 2,89%. Bis zum März 2011 hatte die Europäische Zentralbank nun für rund 77 Milliarden Euro Anleihen der Krisenländer aufgekauft, möchte jedoch von ihrer Stützungspflicht entbunden werden. Die EZB hatte im Zusammenhang mit dem EU-Sondergipfel vom 12. März 2011 darauf gedrängt, dass der Rettungsfonds EFSF sowie der ab 2013 geplante permanente Krisenmechanismus Europäischer Stabilisierungsmechanismus (ESM) künftig auch Anleihen kaufen könne. Diese Forderung ließ sich nicht durchsetzen.

Stand April 2011

Glossar

Aktienfonds

sind Investmentfonds, die ganz oder überwiegend Investitionen in Aktien tätigen. Aktienfonds können sowohl global als auch auf spezielle geographische Regionen orientiert sein, aber auch in einzelne oder mehrere wirtschaftliche Branchen investieren. Alle Aktienfonds haben im Durchschnitt kurzfristig ein höheres Risiko, aber auf lange Sicht gesehen größere Chancen auf Wertsteigerungen als beispielsweise Rentenfonds.

Aktienindex

Der Aktienindex beschreibt die Kurs- bzw. Wertentwicklungen von Aktien. Er gilt als Börsenbarometer und liefert somit übergreifende Informationen über die Kursentwicklungen an den Aktienmärkten. Darüber hinaus dient er auch Manager_innen von Investmentfonds als Maßstab, an dem sie den Erfolg ihrer Anlagestrategien messen können. Der bekannteste deutsche Aktienindex ist der DAX.

Amerikanische Notenbank Fed

Federal Reserve System, kurz Federal Reserve oder Fed genannt, ist das Zentralbank-System der Vereinigten Staaten, auch als US-Notenbank bekannt. Dazu gehören das Board of Governors und zwölf regionale Federal Reserve Banks sowie eine Vielzahl von Mitgliedsbanken und anderen Institutionen. Die Mitgliedsbanken sind gleichzeitig auch die Eigentümer der Federal Reserve. Das Direktorium wird vom Präsidenten der USA ernannt. Somit ist die Fed teils privat, teils staatlich strukturiert. Auf dem Kongress berichtet die Fed regelmäßig über ihre Aktivitäten und Pläne zur Geldpolitik. Ihr Tagesgeschäft und ihre operativen Entscheidungen benötigen allerdings keine Zustimmung des Kongresses oder des

Präsidenten der USA. Die Geldpolitik der Fed soll dazu beitragen, Beschäftigung, stetes Wirtschaftswachstum und eine gewisse Preisstabilität zu gewährleisten.

Anleihen

Eine Anleihe beschreibt den Gesamtbetrag eines Kredits, der in Form von Schuldverschreibungen aufgenommen wird. Sie gehören zu den Wertpapieren. Wertpapiere selbst werden häufig als Anleihe bezeichnet.

Anleihen werden in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten (Bund, Ländern, Gemeinden etc.), Unternehmen, ausländischen öffentlichen Haushalten und Unternehmen sowie internationalen Organisationen (zum Beispiel Weltbank, Europäische Gemeinschaft) ausgegeben.

Im Gegensatz zur Aktie verbriefen sie einen schuldrechtlichen Anspruch aus einer Darlehensgewährung an den Emittenten (Ausgeber_innen) und keinen Anteil am Eigenkapital des Unternehmens.

Anleihen werden meistens an der Effektenbörse gehandelt und können zum jeweiligen Kurs beliebig ge- und verkauft werden. Anleihen lassen sich nach der Art der Verzinsung, Rückzahlung und Laufzeit unterscheiden.

Arbitrage

Der Begriff Arbitrage stammt von dem lateinischen Wort „Arbitratus“ und bedeutet so viel wie „Gutdünken“, „freie Wahl“ oder „freies Ermessen“.

In der Finanz- und Wirtschaftswelt wird hierunter die Ausnutzung von Preisunterschieden für identische Güter oder Finanzprodukte an den verschiedenen Handelsplätzen für die Gewinnerzielung verstanden. Arbitrage-Geschäfte sind risikolos, da gleichzeitig Kauf (auf dem billigeren Markt) und Verkauf (auf dem teureren Markt) getätigt werden. Dieser Preisvorteil an den verschiedenen Märkten existiert jedoch nur zeitlich begrenzt, da sich als Folge von Arbitrage-Geschäften, die Preise durch die ausgleichende Wirkung wieder anpassen. Arbitrage sorgen beispielsweise dafür, dass der Wechselkurs zwischen 2 Währungen an verschiedenen Devisenmärkten übereinstimmt. Ein Beispiel: eine Firma kauft Waren in einem Land für Preis A und verkauft diese in einem anderen Land für Preis B, ohne für dieses Geschäft nennenswerte Nettoausgaben getätigt zu haben. Hierbei muss Preis

A immer kleiner sein als Preis B und die Gewinnerzielung muss risikolos, also sicher, erfolgen können. Sind diese Bedingungen gegeben bzw. erfüllt, so kann dieses Geschäft als Arbitrage angesehen werden.

Assekuranz

Unter dem Begriff Assekuranz sind die Versicherung bzw. die gesamte Versicherungswirtschaft im Allgemeinen zusammen gefasst. Generell beschreibt die Assekuranz eine Vereinbarung zwischen zwei Parteien, bei der sich die versichernde Seite (Versicherungsgesellschaft) dazu verpflichtet, den Versicherungsnehmer_innen bei Eintritt eines vereinbarten Ereignisses eine festgelegte Summe (Versicherungssumme) zu zahlen. Die Versicherungsnehmer_innen hingegen verpflichten sich, die vertraglich vereinbarten Leistungen (Beiträge) zu erbringen. Der abgeschlossene Vertrag wird Assekuranzvertrag genannt.

Asset Back Securities (ABS)

Asset-Backed Securities (ABS) sind Wertpapiere oder Schuldscheine, dessen Zahlungsansprüche gegen eine ausschließlich dem Zweck der ABS-Transaktion gegründeten Zweckgesellschaft zum Gegenstand haben. Die Zweckgesellschaft verwendet die Mittel ausschließlich zum Erwerb von Forderungen meist mehrerer Gläubiger und verbrieft diese zu einem Wertpapier.

Die Zahlungsansprüche werden durch einen Bestand unverbriefter Forderungen ("assets") gedeckt („backed“), die auf die Zweckgesellschaft übertragen werden und im wesentlichen den Inhaber_innen der Asset-Backed Securities (Investor_innen) als Haftungsgrundlage zur Verfügung stehen.

Forderungsverkäufer_innen in einer solchen Transaktion sind in der Regel Banken, die so Teile ihrer Kreditforderungen handelbar machen, um sich zu refinanzieren.

Bad-Banks-Gesetz

Das sogenannte „Bad-Banks-Gesetz“ wurde am 10.07.2009 von Bundestag und Bundesrat beschlossen.

Die Kreditvergabe verlief auch nach dem Gesetz zur Stabilisierung der Finanzmärkte auf Grund der belasteten Wertpapiere schleppend. Das Bad-Banks-Gesetz ermöglicht den Banken ihre Bilanzen von „toxischen“ Wertpapieren zu bereinigen und somit eine drohende Insolvenz abzuwenden. Die Kreditvergabe sollte verbessert werden, damit die Wirtschaft wieder Kredite erhält und investieren kann. Nach dem Gesetzesbeschluss können Banken eine Zweckgesellschaft (die Bad-Bank) gründen und ihre Schrottpapiere auslagern. Die Banken übertragen der „Bad-Bank“ die Wertpapiere im Durchschnitt mit einem 10 prozentigem Abschlag von dem Wert, der zu diesem Zeitpunkt in den Bilanzen steht. Gegen Gebühr erhalten die Banken dafür eine Schuldverschreibung in gleicher Höhe. Der Bund garantiert durch den Bankenrettungsfonds SoFFin für die Schuldverschreibung. Die Banken können diese bei der Bundesbank für neues Geld einreichen und somit neue Eigenmittel erwerben.

Die Auslagerung der Wertpapiere ermöglicht außerdem eine bestmögliche Verwertung der Wertpapier- oder Kreditportfolio ohne Zeitdruck.

Bail-out

(engl. „aus der Klemme helfen“) beschreibt im Zusammenhang der Wirtschaftswissenschaften im Falle einer Finanz-, Wirtschafts- oder Unternehmenskrise die Schuldenübernahme und Tilgung eines nicht mehr zahlungsfähigen Unternehmens durch Dritte, insbesondere durch den Staat oder staatliche Institutionen. Die Geldgeber_innen erhalten dafür die Kontrolle über das Unternehmen. Wenn sich die wirtschaftliche Lage bessert, werden die Anteile oft mit Gewinn verkauft.

Bankenabgabe

Am 31. März 2010 wurde in Deutschland vom Kabinett die Einführung der Bankenabgabe für alle deutschen Kreditinstitute beschlossen. Wie viel eine Bank im Einzelnen zahlen muss, orientiert sich am Systemrisiko und der Bilanzsumme der Institute.

Die Erträge fließen in einen Stabilitätsfond, welcher dann in Notfällen zur Verfügung steht. So soll die Finanzwelt zukünftig selbst eine Krise bewältigen können.

Am 26. November 2010 wurde die Bankenabgabe im Bundesrat durch das Restrukturierungsgesetz verabschiedet.

Bankenaufsicht

Die Einrichtung einer Bankenaufsicht wurde Ende März 2010 vom Bundeskabinett beschlossen. Die Ziele der Bankenaufsicht und Regeln für die Kreditinstitute gibt das Kreditwesengesetz (KWG) vor. Die Kreditinstitute und Finanzdienstleister, sowie ihre Tätigkeiten sollen besser überwacht werden. Eine mögliche Insolvenz kann durch früheres Eingreifen verhindert. Beispielsweise kann die Bankenaufsicht ein betroffenes Geldinstitut mit unzureichendem Eigenkapital schließen oder die Dividenden, Entnahmen und Kreditgewährungen einschränken.

Bankenrettungsfonds (SoFFin)

offiziell: Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, kurz SoFFin. Er dient zur Stabilisierung des Finanzsystems in Deutschland. Der SoFFin wurde im Rahmen des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes am 20. Oktober 2008 eingerichtet. Das Hauptziel ist, das Vertrauen der Banken untereinander, aber auch das Vertrauen der Gesellschaft und der Wirtschaft in die Finanzwelt wieder aufzubauen.

Er soll also nicht nur Finanzinstitute kurzfristig retten, sondern den Finanzmarkt auf langfristige Sicht stabilisieren sowie die Risikotragfähigkeit der Institute stärken. Der SoFFin wird in der Form eines Sondervermögens des Bundes gebildet. Somit sind seine Ausgaben nicht im Bundeshaushalt veranschlagt. Wenn nach Auflösung des Fonds ein Defizit verbleibt, ist es zu 65% vom Bund und zu 35% von den Bundesländern zu tragen.

Die Rettung der Kreditinstitute erfolgt zum einen durch „Garantiemaßnahmen“ für die Banken, also Bürgschaften des SoFFin, zum anderen durch direkte Kredite des Staates.

Für die Kapitalmaßnahmen erhält der SoFFin von den Banken die marktüblichen Zinsen und Gebühren.

Seit dem 31.12.2010 kann der SoFFin keine neuen Leistungen an Banken vergeben. Der SoFFin trägt dennoch weiterhin die bestehenden Stabilisierungsmaßnahmen und die damit verbundenen Verantwortlichkeiten und das Controlling der Maßnahmen und Auflagen.

Bank-Enteignungsgesetz

offiziell: Rettungsübernahmegesetz. Das Rettungsübernahmegesetz räumte dem Staat die Option einer Banken-Verstaatlichung als letzten Weg ein. Die Übernahme durfte nur eingesetzt werden, wenn keine rechtlich und wirtschaftlich zumutbaren Lösungen zur Verfügung stehen. Ziel ist die Sicherung der Finanzmarktstabilität. Ein Enteignungsverfahren konnte bis zum 30. Juni 2009 eingeleitet werden. Die Option der Verstaatlichung soll es nicht auf Dauer geben.

Die Übernahme gliedert sich in drei Phasen: In der 1. Phase wird versucht, mit milden Möglichkeiten eine Kontrollmehrheit des Staates zu erreichen. Bei Misserfolg der 1. Phase wird mit weitergehenden Mitteln versucht, eine Mehrheit zu erlangen. In dem neuen Gesetz wurde dafür ein Umbau des Gesellschaftrechtes vorgesehen

In der 3. Phase übernimmt der Staat auch das nichtstaatliche Aktienkapital. Die Aktionäre erhalten ein Kaufangebot, das auf 14 Tage beschränkt ist. Wenn die Aktionäre nicht zustimmen, wird das Enteignungsverfahren eingeleitet. Die Aktionäre bekommen eine angemessene Entschädigung. Geht die Bank zurück in Privatbesitz, erhalten die Aktionäre ein Vorzugskaufrecht.

Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Das BIP ist ein Wertmaßstab für die Statistiken. Anhand dieser wird die wirtschaftliche Leistungskraft eines Landes ermittelt oder dargestellt. Das BIP wird wie folgt errechnet: der Geldwert aller in einem Jahr innerhalb der geographischen Grenzen der Volkswirtschaft produzierten Waren und Dienstleistungen wird zusammengezählt (gleichgültig, ob Inländer_innen oder Ausländer_innen daran beteiligt waren). Davon abgezogen werden die Vorleistungen (Güter, die in den inländischen Produktionsprozess eingehen).

Zum zeitlichen Vergleich der wirtschaftlichen Leistungskraft einer Volkswirtschaft eignet sich besser das reale Bruttoinlandsprodukt, das nicht in laufenden Preisen gemessen wird, sondern in konstanten Preisen eines bestimmten Basisjahres.

Bruttosozialprodukt (BSP)

Bis 1999 die Bezeichnung für das heutige Bruttonationaleinkommen und ist eine volkswirtschaftliche Messgröße. Diese bezeichnet die gesamte wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum, wobei hier, im Gegensatz zum Bruttoinlandsprodukt, die von Inländer_innen (natürliche und juristische Personen mit ständigem Wohnsitz im Inland) im In- und Ausland erstellten Leistungen (Inländerkonzept) einbezogen werden (unter Berücksichtigung von Steuern, Subventionen, Abschreibungen, Abgaben u.a.).

Bundesanleihen

sind verzinsliche Wertpapiere, die von der Bundesrepublik Deutschland als öffentliche Staatsanleihen herausgegeben werden.

Bundesanleihen und andere Bundeswertpapiere sind ein Weg, über den der Bund sein Haushaltsdefizit finanziert. Eine Bundesanleihe hat bei Ausgabe eine Laufzeit von 10 bis 30 Jahren und eine feste Nominalverzinsung. Erwerben kann dieses Papier jede_r.

Die Laufzeit ist nicht bindend. Da es sich um börsennotierte Anleihen handelt, können diese jederzeit zum aktuellen Kurs an der Börse verkauft werden.

Bezüglich der Zinsscheine gibt es eine Besonderheit. Bei einigen Bundesanleihen ist Stripping möglich, d.h. die Anleihe und die Zinsscheine können getrennt gehandelt werden. Dabei werden alle Anleihen ohne Zinsschein und zukünftig fällige Zinsscheine als Zero-Bonds angesehen. Zero-Bonds sind Anleihen ohne laufende Zinszahlung, bei denen am Ende der Laufzeit eine Auszahlung der Differenz zwischen dem Erwerbkurs und dem Rückzahlungspreis bzw. Verkaufskurs erfolgt.

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)

wurde im Mai 2002 gegründet. Die BaFin setzt sich aus den ehemaligen Bundesaufsichtsämtern für das Kreditwesen, das Versicherungswesen und für den Wertpapierhandel zusammen. Somit entstand die erste einheitliche Allfinanzaufsicht in Deutschland. Sie unterliegt der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen und hat ihren Sitz in Bonn und Frankfurt am Main. Sie soll die Funktionsfähigkeit, Stabilität und Integrität des gesamten deutschen Finanzsystems sichern. Bevor Banken, Finanzdienstleister und Versicherungsbanken wirtschaftlich aktiv werden können, müssen sie eine entsprechende Erlaubnis der BaFin besitzen.

Collateralized Debt Obligations (CDOs)

ist ein Sammelbegriff für Finanzinstrumente, die zu der Gruppe der Asset Backed Securities und strukturierten Kreditprodukte gehören. Sie verbriefen verschiedenartige Forderungen, insbesondere Kredit- und Hypothekendarstellungen in einem Wertpapier. Die CDOs sind wichtige Geldanlagen und Refinanzierungsmittel für Banken auf dem Kapitalmarkt. Im Zuge der Finanzkrise 2007 gerieten sie massiv in die Kritik, da durch sie in hohem Maße risikobehaftete Kreditforderungen als anscheinend sichere Investments auf dem Kapitalmarkt platziert wurden. Als Beschleuniger der Finanzkrise gelten ebenfalls die Fehleinschätzungen der Banken, der Ratingagenturen sowie der Behörden bei der Bewertung der Risiken dieser umfassenden und vor allem intransparenten Produkte.

Credit Default Swaps (CDS)

ist eine Versicherung oder ein Kreditderivat, die Gläubiger_innen gegen eine Gebühr im Falle eines Kreditausfalls abschließen. Bei einem Kreditausfall verpflichtet sich die Versicherungsbank (oder auch Hedgefonds) zum Ersatz.

Swaps können für Anleihen, Bankkredite und Hypotheken abgeschlossen werden. Der weltweite Wert der Swaps liegt bei 60 Billionen US\$ und damit weit höher als die echte Kreditsumme. Swaps können auch dann gekauft werden, wenn es gar keinen Kredit gibt.

Credit-Squeeze

Bei einer zu starken Konjunktur versucht der Staat durch Kreditverknappung, beispielsweise mittels Zinserhöhung, die Konjunktur abzuschwächen. In der Finanzwelt kann hiermit aber auch gemeint sein, dass die Banken weniger bereitwillig Kredite vergeben (siehe auch Kreditklemme).

Deutscher Aktienindex (DAX)

Ein Index, der aus den Kursen der Aktien der 30 hinsichtlich Aktienumsatz und Marktkapitalisierung größten deutschen Unternehmen am deutschen Aktienmarkt ermittelt wird. Er ist Indikator für die Kursentwicklung an der deutschen Aktienbörse und dient auch als Basis für Termingeschäfte. Der DAX repräsentiert rund 80% des in Deutschland zugelassenen Börsenkapitals.

Deflation

Eine Deflation bezeichnet einen allgemeinen, anhaltenden und signifikanten Preisrückgang bei Waren und Dienstleistungen. Meistens treten auch Einkommens- und Gewinnminderungen in einer Konjunkturabschwächung auf.

Doch nicht jeder Preisrückgang bedeutet gleichzeitig eine Deflation. Wenn die niedrigen Preise auf Preisrückgänge bei Importware, auf niedrigere Produktionskosten oder Deregulierung zurückzuführen sind, wird nicht von Deflation gesprochen. Das Gegenteil zur Deflation ist die Inflation.

Depression

Der Begriff Depression beschreibt in der Finanzwelt den Einbruch der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung. Besonders zeigt sich dies in einem Rückgang des Sozialproduktes, Deflation und hoher Arbeitslosigkeit. Der Konjunkturzyklus hat hier seinen Tiefpunkt.

Derivate (Kreditderivate - auch Zertifikate)

sind laut § 2 Abs. 2 Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) Termingeschäfte, deren Preis unmittelbar oder mittelbar von folgenden Faktoren anhängig ist:

- Börsen- oder Marktpreis von Wertpapieren,
- Börsen- oder Marktpreis von Geldmarktinstrumenten,
- Zinssätzen oder anderen Erträgen,
- Börsen- oder Marktpreis von Waren oder Edelmetallen oder
- Preis von Devisen.

Derivative Instrumente dienen zur Absicherung bestehender Wertpapiervermögen oder Zahlungsverpflichtungen, können aber auch für Spekulationszwecke verwendet werden. In der Praxis verwischen sich die beiden Motive allerdings oft.

Deutsche Bundesbank

ist die Zentralbank der Bundesrepublik Deutschland mit Hauptsitz in Frankfurt am Main und seit dem 01. Januar 1999 Teil des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB).

Das vorrangige Ziel ist die Stabilitätssicherung der deutschen Finanzmärkte. Die Deutsche Bundesbank hat laut § 3 BBankG folgende Aufgaben:

- Abwicklung Zahlungsverkehr im In- und Ausland,
- Mitwirkung an Aufgabenerfüllung des ESZB,
- Verwaltung der Währungsreserven Deutschlands,
- Stabilisierung der Zahlungs- und Verrechnungssysteme.

Sie ist als nationale Zentralbank außerdem mit Genehmigung der Europäischen Zentralbank (EZB) innerhalb des Europäischen Systems der Zentralbanken zur Ausgabe von Banknoten berechtigt. Die Deutsche Bundesbank führt die geldpolitischen Beschlüsse der EZB aus. Als Bank des Staates vertritt sie die Bundesrepublik in den internationalen Währungsbehörden.

Deutsche Pfandbriefbank

entstand durch einen Zusammenschluss der beiden Pfandbriefbanken Hypo Real Estate Bank AG und DEPFA Deutsche Pfandbriefbank AG Mitte 2009.

Der Hypo Real Estate Konzern ist seit dem Oktober 2009 gänzlich im Besitz der Bundesrepublik Deutschland. Das Institut will sich nach der Finanzkrise auf die Immobilien- und Staatsfinanzierung konzentrieren. Ihre Refinanzierung soll überwiegend durch Pfandbriefe erfolgen, daher auch der Name.

Dotcom-Blase

Der Begriff „Dotcom-Blase“ wurde stark von den Medien geprägt und beschreibt die im März 2000 geplatzte Spekulationsblase von den so genannten Dotcom-Unternehmen der New Economy (also Unternehmen, die im Zusammenhang mit dem Internet Dienstleistungen erbringen). Ihren Ursprung hat die Dotcom-Blase im Jahr 1995. Im Informations- und Technologiesektor gab es eine erhöhte wirtschaftliche Entwicklung sowie zahlreiche neue Unternehmen. Es entwickelte sich eine starke Nachfrage nach neuen Aktien der Unternehmen. Es folgten enorme Kurssteigerungen bei den Aktien, obwohl die jungen Firmen neben dem Börsengang und ihrer Internetpräsenz kaum einen materiellen Wert hatten.

Am 13. März 2000 erreichte der deutsche Aktienindex seinen Höhepunkt. Das war der Tag des Infineon-Börsengangs, an dem so viele Aktien gehandelt wurden, dass das System der Frankfurter Wertpapierbörse und die Orderverarbeitung einiger Banken zusammenbrachen.

Es zeichnete sich damals schon ab, dass die Unternehmen die Gewinnerwartungen nicht erfüllen konnten und die ersten Firmen meldeten Insolvenz an. Die Kurse begannen zu sinken und Verkäufe wurden getätigt. Unerfahrene Kleinanleger_innen verkauften in Panik ihre Aktien, was einen Kurssturz auslöste. Viele verloren dabei ihr Vermögen. Der Markt brach zusammen.

Die meisten Firmen mussten Insolvenz anmelden, das Vertrauen der Anleger_innen in die Werte der IT-Branche blieb gestört. Die Fed reagierte mit einer Niedrigzinspolitik, um die US-Konjunktur zu erhalten. Dies ist einer der Gründe für die Immobilienkrise im Jahre 2007.

Dow Jones Index

ist das bekannteste Börsenbarometer der Welt, das 1895 von Charles H. Dow erfunden wurde. Der Index heißt eigentlich Dow Jones Industrial Average Index. In

diesem Index berechnet das Medienunternehmen Dow Jones & Company die Kursentwicklung von 30 der bedeutendsten Aktien der amerikanischen Börse. Im Gegensatz zu neueren Indizes sind die Aktien nicht nach Marktkapitalisierung gewichtet. Der Dow Jones wird ohne Dividenden, Bezugsrechte oder Sonderzahlungen berechnet, er ist ein preisgewichteter Index. Es gibt keine festgelegten Aufnahmekriterien, die Zusammensetzung erfolgt durch ein unabhängiges Komitee des „Wall Street Journals“.

Due-Diligence-Prüfung

englisch für „gebotene Sorgfalt“ und auch bekannt als „Sorgfaltspflicht“. Es beschreibt eine umfangreiche Prüfung vor einer Fusion oder Übernahme. Die Prüfungen analysieren unter anderem Stärken und Schwächen des Objekts, aber auch Risiken des Kaufs oder Börsengangs. Absichtlich wird nach sogenannten Dealbreakern gesucht, die einem Kauf, Fusion oder Übernahme widersprechen könnten.

Das Fusions- oder Kaufobjekt wird durch Anwälte, Wirtschaftsprüfer_innen und sonstige Sachverständige untersucht, um dessen Werthaltigkeit zu ermitteln.

Einlagensicherung

bezeichnet die gesetzliche und freiwillige Sicherung von Kundeneinlagen bei Kreditinstituten für den Fall, dass eine Bank insolvent wird. Bei privaten Banken wird seit 1976 das Guthaben der Kunden durch den Einlagensicherungsfonds geschützt, der aus Beiträgen der Mitgliedsicherungsfonds gespeist wird.

Die Sicherheitsgarantie umfasst die Guthaben von Privatpersonen, Wirtschaftsunternehmen und öffentlichen Stellen, aber nicht von anderen Kreditinstituten. Der Schutz erstreckt sich auf alle Einlagen bis zu einer Höhe von 30% des haftenden Eigenkapitals der jeweiligen Bank. Die Sparkassen und genossenschaftlichen Kreditinstitute haben ebenfalls ein eigenes umfassendes Einlagensicherungssystem.

European Financial Stability Fund (EFSF)

deutsch: Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, auch Euro-Rettungsfonds genannt.

Er wurde am 07. Juni 2010 gegründet und ist eine Aktiengesellschaft, in der die Mitgliedstaaten der Euro-Gruppe als Gesellschafter fungieren. 90% der Mitgliedstaaten haben am 4. August 2010 die Gründung des EFSF ratifiziert. Die komplette Unterzeichnung erfolgte erst Anfang Dezember.

Seine Aufgabe ist es bis zu 440 Milliarden Euro aufzunehmen. Der EFSF vergibt Anleihen, für die ihre Mitgliedstaaten bis zu einem festgelegten Betrag bürgen. Der Dienstleister der EFSF ist die Deutsche Finanzagentur, die auch die Anleihen organisiert. Die Kredite werden an finanziell angeschlagene Mitgliedstaaten weitergegeben, die sich an dem Kapitalmarkt nicht mehr selbst finanzieren können. Voraussetzung für die Kreditvergabe ist allerdings der einstimmige Beschluss aller Mitgliedstaaten der Euro-Gruppe.

Am 25. Januar vergab die EFSF ihre erste Anleihe mit einem Volumen von 5 Mrd. Euro, einer Laufzeit von 5 Jahren und einer Anfangsrendite von 2,89%.

Emittenten

Herausgeber_innen von Wertpapieren werden als Emittenten bezeichnet. Bei Aktien handelt es sich um Firmen, bei Anleihen kann es sich um Unternehmen, öffentliche Körperschaften, Staaten oder anderen Institutionen handeln. Die Wertpapiere dienen der Kapitalbeschaffung auf den Geld- oder Kapitalmärkten.

Europäische Zentralbank (EZB)

ist ein Organ der Europäischen Union mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie ist die Währungsbehörde der Mitgliedstaaten in der Europäischen Währungsunion. Die EZB handelt jedoch unabhängig und ist nicht an politische Weisungen gebunden.

Die EZB hat das ausschließliche Recht, die Ausgabe von Banknoten im Euro-Raum zu genehmigen. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, den Geldwert EURO in der Europäischen Union stabil zu halten.

Die EZB ist Mitglied im Europäischen System der Zentralbanken, das neben der EZB aus den Notenbanken der EU besteht. Die Hauptaufgabe des Europäischen Systems der Zentralbanken ist die Preisstabilität in der EU zu gewährleisten. Ferner soll die EZB die allgemeine Wirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft unterstützen.

Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Am 09. Mai 2010 beschlossen die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone zentrale Eckpunkte des ESM mit dem Ziel, die Finanzstabilität des Euro-Währungsgebietes zu sichern.

Bei einer erneuten übermäßigen Verschuldung in einem Euro-Staat, die die gesamte Währungsunion gefährden könnte, soll der ESM die drohenden Folgen abmildern. Der ESM kann dem Land gegen sehr strikte Auflagen und angemessenen Zinsen Geld leihen. Im Gegenzug verpflichtet das Land sich, seinen Haushalt zu konsolidieren und die Wirtschaft zu reformieren.

Der provisorische ESM, der bis zum Juni 2013 in Kraft ist, wird von drei Säulen getragen: Zum einen könnten bis zu 60 Mrd. Euro den schwachen Euro-Staaten aus dem EU-Haushalt zur Verfügung gestellt werden. Zweitens können bis zu 440 Mrd. Euro durch den EFSE bereitgestellt werden und als letztes können weitere Kredite in einer Höhe von 250 Mrd. Euro durch den IWF zur Verfügung gestellt werden.

Parallel zu den Maßnahmen des Europäischen Rates begann auch die Europäische Zentralbank Staatsanleihen hoch verschuldeter Euro-Staaten zu kaufen. Diese Maßnahme ist nicht Teil des ESM, sondern folgte einer eigenen Entscheidung der Zentralbank.

Da es auch nach dem provisorischen ESM keine Entspannung auf den Europäischen Finanzmärkten gab, soll nun ein dauerhafter ESM eingerichtet werden. Auf einem Gipfeltreffen des EU-Rates am 16/17. Dezember 2010 wurde die dauerhafte Einrichtung eines Stabilisierungsmechanismus ermöglicht. Es wird eine neuer ESM-Fonds eingerichtet, in den die Mitgliedsstaaten über 5 Jahre 80 Mrd. Euro Grundkapital einzahlen sollen. Analog zum EFSE kann der neue ESM-Fonds eigene Anleihen ausgeben, für die die Mitgliedsstaaten bürgen. Außerdem

kann der ESM auch direkt Staatsanleihen der Mitgliedsstaaten kaufen. Bis Juni 2011 soll der neue Vertrag zur Errichtung des ESM und die Änderungen am EFSF-Rahmenvertrag unterzeichnet werden. Danach müssen die nationalen Gesetzgebungsverfahren für die neuen Maßnahmen laufen. Damit wird auch der Bundestag umfassend beteiligt, so dass der dauerhafte ESM im Januar 2013 in Kraft treten soll.

Europäischer Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB)

Der ESRB wurde durch das Europäische Parlament am 22.09.2010 beschlossen und hat 2011 seine Arbeit aufgenommen. Mit dem ESRB wurde eine neue europäische Behörde geschaffen, die für die Früherkennung, Prävention und Bekämpfung von systemischen Risiken innerhalb des Finanzmarktes der EU zuständig ist.

Er gehört zu der neuen Europäischen Finanzmarktaufsicht (European System of Financial Supervision, ESFS) und hat seinen Sitz bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main. Seit der Finanzkrise 2007 gab es Bemühungen, Wertpapiere europaweit und einheitlich zu regulieren. Das gilt hier insbesondere für die Derivate. Diese Regulierungen wird der ESRB gemeinsam mit der Euro-Wertpapieraufsicht überprüfen. Des Weiteren wird überprüft, von welchen außerbörslich gehandelten Produkten ein großes systemisches Risiko für den Euro-Finanzmarkt ausgeht. Diese sollen dann verpflichtend auf den Börsen gehandelt werden.

Factoring

ist eine Finanzdienstleistung, die zur Finanzierung von Unternehmen dient. Beim Factoring verkauft ein Unternehmen seine Forderungen gegenüber seinen Kunden (aus Dienstleistungen und Warenlieferungen) an ein Factoringinstitut. Das Unternehmen erhält für den Verkauf von dem Factoringinstitut sofort eine Zahlung und damit Liquidität. Vor Vertragsabschluss prüft der Factor fortlaufend die Bonität der Abnehmer und übernimmt das volle Ausfallrisiko. Der Factor bildet

Sicherheitsrücklagen, um Abzüge der Abnehmer_innen und Veritätsrisiken abzudecken. Factoring gilt auch in Branchenkreisen als sogenannte umsatzkongruente Finanzierungsform, da die Finanzierung mit evtl. steigenden Unternehmen wächst.

Finanzaktivitätssteuer (FAT)

Nachdem der Staat mit Milliarden die Banken retten musste, ist die FAT eine Idee, wie sich die BRD das Geld zurückholen könnte.

Diskutiert werden hierfür derzeit zwei verschiedene Möglichkeiten: einmal die Finanztransaktionssteuer und die FAT. Die Finanztransaktionssteuer, ist eine Abgabe, die jede_r, egal ob Bank oder Privatanleger_in, auf seine Finanzgeschäfte zahlen müsste. Die FAT hingegen zielt nur auf die Finanzinstitute ab. Bei der FAT würden Gewinne, Gehälter und Boni der Bankmanager_innen versteuert werden. Diese Steuer trifft also nicht die Privatanleger und besteuert nur gewinnbringende Geschäfte. Die FAT hat auch eine korrigierende Wirkung, da sie erst bei Gewinnen und Gehältern greift, die über ein Normalmaß fallen würden. Die hohe Risikobereitschaft könnte so eingeschränkt werden. Am kritischsten wird gesehen, dass die FAT eine Doppelbesteuerung der Gewinne und Gehälter bringen würde. Daneben könnte die FAT gegen das Gebot der Gleichbehandlung verstoßen, wenn nur Gehälter und Boni von Bankmanager_innen versteuert werden. Ein weiteres Problem ist, dass die Banken Ausweichmöglichkeiten haben, wenn die Steuer nicht weltweit eingeführt wird. Dieses Problem ist aber auch bei der Finanztransaktionssteuer gegeben.

Finanzintermediär

ist meistens eine Finanzinstitution (oder eine Person), die indirekt zwischen Subjekten mit einem Kapitalüberschuss und Subjekten mit Kapitalbedarf vermittelt. Beispielsweise besitzen Privathaushalte oft einen Kapitalüberschuss, mit dem sie den größten Teil der Einlagen eines Finanzintermediärs stellen. Die Unternehmen weisen einen großen Kapitalbedarf auf und sind damit Kredit-

nehmer_innen des Finanzintermediärs. Finanzintermediäre sind also Vermittler von Kapitalangebot und –nachfrage.

Finanzmarktstabilisierungsgesetz (FMStG)

wurde als Eilgesetz am 17. Oktober 2008 verabschiedet und ist noch am selben Tag vom Bundespräsidenten unterschrieben und im Bundesgesetzblatt verkündet worden.

Mit dem Gesetz wurde die Umsetzung eines Maßnahmenpakets zur Stabilisierung des Finanzmarktes nach der Finanzkrise bewirkt. Darunter fällt auch der neue Bankenrettungsfond.

Das Gesetz zielt darauf ab, die Zahlungsfähigkeit der deutschen Finanzinstitute zu gewährleisten, damit sich keine allgemeine Kreditklemme bildet.

Am 09. April 2009 wurde noch das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz beschlossen. Kern des Gesetzes ist das Bank-Enteignungsgesetz, auch Rettungsübernahmegesetz.

Financial Stability Board (FSB)

entstand aus dem Forum für Finanzstabilität, das 1999 auf eine Initiative der G7 gegründet wurde. Ziel war es, die Stabilität der internationalen Finanzmärkte zu stärken, um die Funktionsfähigkeit des Systems zu verbessern und Risiken zu verringern. Auch sollten Mängel frühzeitig erkannt und so eine systematische Finanzkrise verhindert werden.

Dem Forum gehören Vertreter_innen der Finanzministerien, Zentralbanken und Aufsichtsbehörden der Länder an, sowie Vertreter_innen der internationalen Finanzplätze, globaler Institute und Gremien. Deutschland wird durch den Staatssekretär/der Staatssekretärin des Bundesministeriums der Finanzen, den Vizepräsidenten/der Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank und den Präsidenten/der Präsidentin der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht vertreten.

Am 02. April 2009 wurde auf den Gipfeltreffen der G-20 eine Weiterführung des Financial Stability Forum als FSB beschlossen. Das FSB hat nun ein breiteres Mandat und zum Mitgliederkreis gehören die Vertreter_innen der G-20

Mitgliedsländer, sowie Spanien, der Europäischen Kommission, dem IWF und der Weltbank.

Hedgefonds

sind Investmentfonds, die keinen gesetzlichen oder sonstigen Einschränkungen unterliegen. Sie bieten die Chance auf eine sehr hohe Rendite, bergen dadurch zugleich ein erhebliches Risiko, das Kapital zu verlieren. Zum Erreichen ihrer Berechnungen setzen sie vor allem Derivate ein, die auch zur Absicherung (Hedging) verwendet werden. Oft wird auch Fremdkapital eingesetzt, um so eine höhere Eigenkapitalrendite zu erwirtschaften. Hedgefonds waren bis 2004 in Deutschland verboten.

Hypothekendarlehen

sind nach der Definition des Hypothekendarlehensgesetzes § 1 privatrechtliche Institute, deren Geschäftsbetrieb darauf ausgerichtet ist

1. inländische Grundstücke zu beleihen und auf Grund der erworbenen Hypothekendarlehensschuldschreibungen auszugeben,
2. Darlehen an inländische Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts oder gegen Übernahme der vollen Gewährleistung durch eine solche Körperschaft oder Anstalt zu gewähren und auf Grund der erworbenen Forderungen Schuldschreibungen auszugeben.

Das Hypothekendarlehensgesetz ist seit dem 19. Juli 2005 außer Kraft gesetzt. Es wurde mit weiteren Gesetzen zum Pfandbriefgesetz abgelöst. Damit hat der Begriff „Hypothekendarleiher“ keine rechtliche Bedeutung mehr.

Indexfonds

sind Investmentfonds, die in ihrem Aufbau einem Börsenindex entsprechen (siehe DAX oder Dow Jones Index). Sie haben zum Ziel, die Sammlung eines gewissen Index nachzubilden. Die Fonds investieren in die Wertpapiere im gleichen Verhältnis wie in dem Index die Wertpapiere verankert sind. Die Indexfonds

beinhalten keine Gefahr auf eine schlechte Wertentwicklung, können aber auch keinen Mehrertrag erwirtschaften.

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Der Internationale Währungsfonds (kurz IWF) wurde am 22. Juli 1944 auf der Währungs- und Finanzkonferenz der Vereinten Nationen von 45 Ländern gegründet. Der IWF ist eine global arbeitende Institution und zählt zu den einflussreichsten Finanzorganisationen der Welt. Die Hauptaufgabe des IWF liegt in der Förderung des weltweitem Handels und der globalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Ebenso wichtig ist aber auch die Stabilisierung der Wechselkurse oder die Kreditvergabe. Heute gehören dem IWF 187 Staaten an, dessen Stimmrechte sich nach ihrem Kapitalanteil richten. Seinen Sitz hat der IWF in Washington D.C., USA.

Investition

bezeichnet die Verwendung von finanziellen Mitteln oder die Anlage von Kapital in Vermögensobjekte, um künftig Geldgewinnen zu bekommen. Hierzu gehören sowohl Investitionen in kurzfristigeren Wertpapieren, als auch in langfristige Sachanlagen.

Investmentbank

Sie gleicht im Aufgabenbereich den Kapitalanlagegesellschaften, ist aber nicht mit ihnen zu verwechseln. Investmentbanken sind spezialisiert auf Investmentgeschäfte und konzentrieren sich besonders auf Vermögensverwaltung von Kunden. Dies geschieht durch die Anlage von Wertpapieren, daher umfassen weitere Aufgaben der Investmentbanken den Wertpapierhandel, aber auch die Unterstützung bei Unternehmensfinanzierungen.

In den USA gab es bis 2008 einen Sonderstatus der Investmentbanken, sie unterlagen nicht den gleichen scharfen Kontrollen wie die Geschäftsbanken. Nach der Finanzkrise verzichteten die Investmentbanken auf diesen Sonderstatus.

Seit den 30er Jahren waren die Banken, die für das Wertpapiergeschäft zuständig waren (Investmentbanken), strikt von den Banken getrennt, die im Kreditgeschäft

tätig waren (Geschäftsbanken). Im Jahre 1999 wurde diese Trennung aufgehoben. Aus diesem Grund gibt es heutzutage in Deutschland eher wenige Investmentbanken. Das Investmentgeschäft ist in Deutschland unter § 7 Abs. 2 des Investmentgesetzes geregelt.

Investmentfirmen

beschäftigen sich ausschließlich mit dem Anlegen von Finanzen. Die Unternehmen können in andere Unternehmen, Wertpapiere, Rohstoffe und anderes investieren. Sie versuchen, einen Profit durch An- und Verkauf zu erzielen.

Kapitalmarkt

ist im Allgemeinen der Markt für die mittel – und langfristigen Kredite. Dieser dient den Unternehmen, aber auch staatlichen Institutionen, zur Finanzierung von anstehenden Investitionen und anderen Ausgaben. Das langfristige Geld wird durch die Aufnahme von langfristigen Krediten und Schuldscheindarlehen bei den Banken, sowie durch Emissionen von Aktien, Anleihen u. a. beschafft.

Die Banken und Börsen bilden den organisierten Kapitalmarkt, im Unterschied dazu steht der nichtorganisierte Kapitalmarkt, auf dem die Kapitaltransaktionen ohne Mitwirkung von Banken und Börsen abgewickelt werden. Der Staat bezieht ebenfalls einen Teil seines Geldes zur langfristigen Finanzierung seiner Aufgaben aus dem Kapitalmarkt.

Kernkapital

Das Kernkapital besteht aus Kapitalbestandteilen, die dem Institut fest zur Verfügung stehen. Es ist dadurch bei Kreditinstituten Bestandteil des haftenden Eigenkapitals und damit auch der Eigenmittel. Gemäß §10 des Kreditwesengesetzes gehören zum Kernkapital das Grund- oder Stammkapital sowie die Rücklagen, da sie den Unternehmen dauerhaft zur Verfügung stehen. Im KWG ist festgelegt, dass 4 % der Eigenmittel Kernkapital sein müssen.

Konjunkturprogramme

sind wirtschaftspolitische Schritte, mit denen der Staat versucht, Konjunkturschwankungen, beispielsweise als Folge einer Finanzkrise, in Grenzen zu halten. Ziel ist es, ein möglichst gleichförmiges Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Diese Maßnahmenbündel sind zeitlich befristet. Die Instrumente der Konjunkturpolitik sind dabei die Fiskalpolitik, die Geldpolitik und die Einkommenspolitik. Beispiele sind Steuersenkungen und direkte staatliche Investitionen, mit denen die Nachfrage in der Wirtschaft angekurbelt wird und die zur Belebung des Arbeitsmarktes dienen. Die Ziele der Konjunkturpolitik sind im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (§ 1 StWG von 1967) geregelt.

Kreditklemme

entsteht, wenn sich die Banken untereinander oder ihren Kunden kaum noch Geld leihen. In der Finanzkrise wurde dies vor allem durch den Vertrauensverlust der Banken untereinander ausgelöst. Oft springen die Staaten oder Notenbanken ein und leihen den Kreditanstalten Milliarden oder beteiligen sich an Banken. Die Endstufe einer Kreditklemme ist erreicht, wenn sich die Banken gar keine Kredite mehr untereinander geben.

Leitzinsen

Der Leitzins beschreibt den von der EZB festgelegten Satz für die Abgabe von Zentralbankgeld. Die Bedingungen, zu denen sich die Kreditinstitute kurzzeitig Geld bei der Notenbank leihen können, werden durch den Leitzins bestimmt. Die Leitzinsen beeinflussen demzufolge auch das Zinsniveau am Geldmarkt.

Leverage

Leverage meint die Hebelwirkung der Finanzierungskosten des Fremdkapitals auf die Eigenkapitalverzinsung. Durch den Einsatz von Fremdkapital kann die Eigenkapitalrendite einer Investition gesteigert werden. Dies passiert aber nur,

wenn das Fremdkapital zu günstigeren Konditionen aufgenommen wird und die Rentabilität des Gesamtkapitals größer ist als der Fremdkapitalzins.

Liquidität

Der Begriff Liquidität bezeichnet die unmittelbare Zahlungsfähigkeit einer Person, eines Unternehmens oder einer Institution, d.h. diese können also ihren Zahlungsverpflichtungen jederzeit nachkommen. Für jedes Unternehmen ist die Zahlungsfähigkeit von großer Bedeutung, da im Falle der Zahlungsunfähigkeit eine Insolvenz drohen kann.

Liquide Mittel sind zu allererst Bargeld und das Giroguthaben bei Banken (Liquidität 1. Grades). Daneben zählt auch das Vermögen, das rasch und leicht zu Geld gemacht werden kann (Termin- und Sparguthaben, börsennotierte Wertpapiere u.a.) zu den liquiden Mitteln (liquide Mittel 2. Grades).

Moral hazard

beschreibt die verringerte Aufmerksamkeit des eigenen Verhaltens, wenn damit gerechnet werden kann, dass andere (z. B. Krankenkassen, Versicherungen, Zentralbanken, Staaten o. ä.) alle Schäden mittragen. Der Begriff „Moral Hazard“ wird daher mit „unseriösem Verhalten“ oder auch „rücksichtloser Unbekümmertheit“ übersetzt.

Bei Finanz- und Wirtschaftskrisen trifft dies vor allem auf große Banken und großen Unternehmen (Too big to Fail) zu. Die Staaten und internationalen Institutionen sehen sich hier gezwungen, mit Geld auszuhelfen, damit nicht die gesamte Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wird. Es wird vermutet, dass dies zu risikoreichem Verhalten führen kann.

Pakt für Wettbewerbsfähigkeit

ist ein Vorschlag der Deutschen Bundesregierung zur Stabilisierung des Euros. Der Pakt ist als dauerhafte Lösung gedacht, die Wettbewerbsfähigkeit aller EU-Staaten

der Euro-Zone zu steigern, u.a. durch eine stärkere Zusammenarbeit bei Steuern, Renten und Löhnen.

Portfolio

wird auch Portefeuille genannt und beschreibt den Gesamtbestand an allgemeinen Wertgegenständen, die ein_e Kunde_in oder Investmentfonds aufweist, d.h. meist sind Wertpapiere zu nennen, es kann sich aber auch um Immobilien oder Grundbesitz handeln. Ein breitangelegtes Portfolio senkt die Risiken einer finanzieller Anlagen.

Bei Investmentfonds wird unter Portfolio auch die Zusammensetzung eines Depots, also die Gesamtheit der Anlageinstrumente eines Fonds, verstanden (beispielsweise: Aktien, Anleihen oder Derivate).

Private Equity

Der Begriff beschreibt die Teilnahme eines privaten Investors an einem meist nicht börsennotierten Unternehmen, da dieses zunächst Kapital von Investor_innen benötigt. Der wirtschaftliche Gewinn wird später mit den Investoren_innen geteilt. Das Konzept ist also eine zeitweise Unterstützung.

Rating

Die Bonität von Unternehmen oder ganzen Ländern wird systematisch und qualitativ durch die Banken oder durch hierauf spezialisierte Unternehmen, den sogenannten Ratingagenturen, bewertet.

Die Agenturen beurteilen die Liquidität des Emittenten nach einem standardisierten Verfahren über lang- und kurzfristige Zeiträume. Die Bewertung erfolgt durch kodierte Bonitätsstufen. Die bekanntesten Ratingagenturen sind Standard & Poors oder Moodys.

Das einzelne Rating ist ein wichtiges Kriterium zur Beurteilung der Zahlungsfähigkeit von Kreditnehmer_innen und entscheidet wesentlich über die Höhe der Verzinsung.

Realwirtschaft

hierunter wird der Teil der Gesamtwirtschaft bezeichnet, der nicht zum finanziellen Sektor zählt. Allerdings ist die Unterscheidung zwischen den beiden Teilmärkten nur ein analytisches Hilfsmittel. Innerhalb der Marktwirtschaft sind sie nicht zu trennen.

Restrukturierungsgesetz

soll dafür sorgen, dass Finanzinstitute zu hohe Risiken minimieren und die Kosten künftiger Finanzkrisen selber tragen. Besonderer Schwerpunkt liegt bei den systemrelevanten Banken (SIFIs). Diese sollen den Staat nicht mehr länger zu Rettungsmaßnahmen zwingen. Die Banken müssten demnach die Lage frühzeitig erkennen und eigenverantwortlich bewältigen können.

Die neuen gesetzlichen Instrumente gelten ab 2011. Darunter fällt beispielsweise die Bankenabgabe. Außerdem wurden die Verjährungsfristen für die Haftung der Vorstände und Aufsichtsräte von börsennotierten Aktiengesellschaften auf zehn Jahre angehoben. Die Vorstände staatlich gestützter Banken erhalten außerdem eine begrenzte Vergütung von 500.000 Euro pro Jahr.

Rezession

beschreibt eine Konjunkturphase, in der es einen generellen wirtschaftlichen Abschwung gibt, der meistens mit andauernden Kursverlusten einhergeht. Die Wachstumsraten des Bruttoinlandsproduktes sind negativ oder stagnieren in dieser Zeit. Die Entwicklungen sind aber weniger dramatisch als in der Depression.

Schattenbanken

sind entweder Unternehmen, die ohne Banklizenz Geld- oder Bankgeschäfte betreiben; oder aber Unternehmen, die innerhalb eines gesetzlichen Rahmens Finanzgeschäfte betreiben, aber keine Kreditinstitute sind, wie z.B. Hedgefonds oder finanzielle Zweckgesellschaften.

Beide Formen der Schattenbanken passen in keinen gesetzlichen Rahmen und werden daher nicht von den entsprechenden Überwachungsorganen kontrolliert.

systemically important financial institutions (SIFIs, auch g-SIFIs)

deutsch: global relevante Finanzinstitute. Diese globalen Finanzunternehmen, meistens Banken, sind so groß, dass die Regierungen glauben, sie müssten sie in einer Finanzkrise retten, da sonst das komplette Finanzsystem kollabieren würde.

Staatsanleihen

sind kurz-, mittel- oder langfristige Obligationen, die von der öffentlichen Hand und anderen staatlichen Körperschaften ausgegeben werden. Sie sind zum amtlichen Handel an jeder Börse ohne Börsenprospekt zugelassen. Bei Staatsanleihen besteht das Adressausfallrisiko, das bedeutet, es gibt ein Risiko, dass Zinsen oder auch Kapital nicht oder nicht fristgerecht und nicht in voller Höhe gezahlt werden. Dieses Risiko wird durch die Ratingagenturen geschätzt. Geht ein Staat bankrott, entfallen die Zinszahlungen oder Kapitalrückzahlungen komplett.

Stabilitäts – und Währungspakt (Maastricht-Kriterien)

wird auch Euro-Stabilitätspakt genannt und umfasst Vereinbarungen, die im Rahmen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion getroffen wurden. Sie sollen für finanzpolitische Stabilität sorgen. Der Schwerpunkt liegt besonders auf dem Euro und den Staaten der Eurozone.

In wirtschaftlich normalen Zeiten sind die Mitgliedsstaaten verpflichtet, einen ausgeglichenen Staatshaushalt sowie eine Begrenzung ihrer Verschuldung zu beachten. Die Staaten müssen ihr jährliches Haushaltsdefizit auf 3% ihres BIP und den Stand ihrer öffentlichen Verschuldung auf 60% des BIPs begrenzen.

Infolge der Finanzkrise haben 20 der 27 Staaten der EU die Maastricht-Kriterien nicht erfüllt.

Stagnation

bezeichnet eine Entwicklung im konjunkturellen Gesamttrend, welcher einen Leerlauf der Wirtschaft meldet. Die Phase des Auf- oder Abschwungs ist vorbei und die wirtschaftliche Entwicklung steht still. Dies wird meist an der Veränderung des Bruttosozialproduktes, u.a. den Investitionen gemessen. Geht eine Stagnation mit einer Inflation einher, wird von einer Stagflation gesprochen. Die Stagnation kann zugleich länger gleichbleibende Kurse bezeichnen (Seitwärtsbewegung).

Subprime-Kredite

auch zweitklassige Kredite genannt, sind Kredite oder Hypothekendarlehen an Kreditnehmer_innen, die nur über eine mindere Bonität verfügen, d.h. eine mangelnde Kreditwürdigkeit aufweisen. Diese Kredite sind dadurch eine Möglichkeit für Kreditnehmer_innen mit geringerer Chance auf eine Finanzierung. Sie wurden zunächst zu einem Milliardengeschäft in den USA. Auf Grund der minderen Bonität und Kreditwürdigkeit der Kreditnehmer_innen besteht für die Darlehensgeber_innen aber ein enormes Risiko. Um diese Verlustrisiken auszugleichen, können die Kreditgeber_innen verschiedene Maßnahmen nutzen: So sind diese Kredite oft mit einem erhöhten Zinssatz ausgestattet, der das Risiko abdecken soll. Bei Kreditkarten dieser Kategorie ist es hingegen üblich, dass die Gebühren für den Karteninhaber_innen immens hoch sind.

Syndizierung

oder auch Syndikation (kurz: Syndikat) wird im Finanzwesen oft mit dem Wort Konsortium gleichgesetzt. Es wird bei der Vergabe von Großkrediten angewendet. Es geht hier speziell um den Zusammenschluss von Banken zu einem Bankenkonsortium bei der Vergabe von großen Darlehen, sogenannten syndizierten Krediten oder auch Konsortialkrediten. Die Ausfall- und Kreditrisiken werden so auf die unterschiedlichen Banken aufgeteilt und verringert.

Termingeschäfte

sind im Finanzwesen jene Geschäfte, die zeitlich verzögert zu erfüllen sind. Bei ihnen fallen der Verpflichtungs- und Erfüllungszeitpunkt zeitlich auseinander, d.h. der Vertrag wird heute abgeschlossen, allerdings erst an einem in der Zukunft liegenden Termin zu den heute vereinbarten Konditionen erfüllt. Dabei wird zwischen bedingten und unbedingten Termingeschäfte differenziert.

Bei einem bedingten Termingeschäft hat die Käuferin oder der Käufer (Long-Position) ein Wahlrecht, d.h. es kann in Eigenregie entschieden werden, ob das Geschäft auch tatsächlich ausgeübt oder doch lieber verfallen lassen wird. Demnach bestehen weder eine Liefer- noch eine Abnahmepflicht für die Käufer_innen, sondern lediglich für die Verkäufer_innen (Short-Position). Übliche Beispiele für bedingte Termingeschäfte sind Optionen. Hier hat der Optionsinhaber ein Wahlrecht bezüglich der Ausübung der Option.

Anders als beim bedingten sind Käufer_innen und Verkäufer_innen beim unbedingten Termingeschäft verpflichtet, den Terminkontrakt zu erfüllen. Sie müssen ihren Liefer- und Abnahme- bzw. Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachkommen. Übliche Beispiele für unbedingte Termingeschäfte sind Futures oder Swaps. Hier haben die Optionsinhaber_innen kein Wahlrecht bezüglich der Ausübung.

Too big to Fail

Der Begriff "Too Big to Fail" (deutsch: „Zu groß, um zu scheitern“) beschreibt die Vorstellung, dass Unternehmen, aber auch andere Institutionen wie etwa Staaten oder Städte, ab einer bestimmten Größe allein aufgrund ihrer Größe de facto davor geschützt seien, insolvent zu werden. Diese Institutionen werden als systemische Einrichtungen rechtzeitig vom Staat oder internationalen staatlichen Organisationen durch eine Staatsintervention (Bail-out) gerettet, um nicht die gesamte Volks- oder gar Weltwirtschaft bzw. das gesamte Wirtschaftssystem zu gefährden. Dies gilt insbesondere für den Bankensektor.

“toxische” Wertpapiere

Der Begriff etablierte sich erst während der Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2007. Daher gibt es hierfür auch keine generell gültige Definition.

Als toxisch werden die Wertpapiere dann eingestuft, wenn deren Ausfallrisiko zurzeit nicht einzuschätzen ist. Bei ihnen ist nicht klar, ob und wann die Kreditforderungen ausfallen. Deshalb sind diese Papiere mit einem besonders hohen Risiko behaftet. Meist haben sie 40 bis 50 Prozent ihres ursprünglichen Wertes verloren.

Insbesondere fallen unter diesen Begriff CDOs und Verbriefungen, die Subprime-Kredite enthalten.

Verbriefung

Durch Verbriefungen werden aus Forderungen wie z.B. Hypotheken-, Kfz-, Kreditkarten- oder Leasingverträgen sowie Eigentumsrechten handelbare Wertpapiere.

Die Banken erhalten durch den Verkauf der Wertpapiere Geld für neue Geschäfte und entlasten ihre eigenen Bilanzen.

So nützen die Verbriefungen der Volkswirtschaft, da die Kreditversorgung verbessert wird und die Risiken an Banken und Investoren gehen, die sie tragen können.

In der Praxis wurden die Verbriefungen von den Ratingagenturen oft zu gut bewertet. Deshalb wussten Investoren aus der ganzen Welt meist nicht, was in den Wertpapieren wirklich steckt. Zudem wurden Verbriefungen oft noch weiter verbrieft.

Die Refinanzierung des Verbriefungssystems brach auf Grund der steigenden Kreditausfälle, wegen seiner Unübersichtlichkeit und der Ungewissheit über Risiken und Werte zusammen. Dieser Zusammenbruch gilt als Hauptgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007.

Wechselkurse

Der Wechselkurs ist der Preis für ein ausländisches Zahlungsmittel ausgedrückt in einer anderen Währung und gibt damit das Austauschverhältnis zwischen zwei Währungen an. Der Markt für das Handeln von Währungen ist der globale Devisenmarkt. Der Wechselkurs ist volkswirtschaftlich sehr bedeutsam, da die Wettbewerbsfähigkeit eines Währungsraumes maßgeblich beeinflusst wird. Für international agierende Unternehmen und Anleger_innen entsteht durch die Wechselkursänderungen eine Wechselkursunsicherheit. Der Kurs bildet sich grundsätzlich durch Angebot und Nachfrage. Der Euro wird durch die sog. Mengennotierung angegeben. Im Unterschied zur Preisnotierung gibt die Mengennotierung an, welcher Betrag der Auslandswährung als Gegenwert für eine bestimmte Menge an Inlandswährung zu zahlen ist (z.B. 1,20 US-Dollar für einen Euro).

Weltbank

ist die in Washington D. C. (USA) angesiedelte Weltbankgruppe. Oft wird aber auch nur die Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) oder die Internationale Entwicklungsorganisation (IDA) so bezeichnet.

Die anfängliche Aufgabe der Weltbankgruppe war den Wiederaufbau in den zerstörten Staaten des Zweiten Weltkriegs zu finanzieren.

Die Weltbankgruppe besteht insgesamt aus fünf Organisationen.

- Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD)
- Internationale Entwicklungsorganisation (IDA)
- Internationale Finanz-Corporation (IFC)
- Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (MIGA)
- Internationales Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID)

Die verschiedenen Organisationen sind durch die Verwaltung und einen gemeinsamen Präsidenten, einer Präsidentin verbunden. Die Weltbank ist keine Bank, sondern eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Die angehörigen Länder der Vereinten Nationen sind gemeinsam für die Finanzierung der Institution verantwortlich.

Wertpapiere

Ein Wertpapier ist grundsätzlich eine Urkunde, die ein privates Vermögensrecht (z. B. Beteiligung an einer Gesellschaft) in der Weise verbrieft, dass das Recht aus der Urkunde nur dann geltend gemacht werden kann, wenn diejenige oder derjenige in ihrem Besitz ist. Die Urkunde dient der Sichtbarmachung und als Nachweis eines Rechtes. Gemäß Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) sind Wertpapiere „auch wenn keine Urkunden über sie ausgestellt sind, alle Gattungen von übertragbaren Wertpapieren mit Ausnahme von Zahlungsinstrumenten, die ihre Art nach auf dem Finanzmärkten handelbar sind, (...)“. Allerdings ist für Wertpapiere charakteristisch, dass ohne den Besitz der Urkunde das darin verbrieftete Recht nicht geltend gemacht werden kann, so dass die Definition des WpHG weitergefasst werden kann und auch andere Papiere als Wertpapiere gelten könnten.

Abkürzungsverzeichnis

ABS	<u>Asset Back Securities</u>
BaFin	<u>Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht</u>
BBankG	<u>Bundesbankgesetz</u>
BIP	<u>Bruttoinlandsprodukt</u>
BSP	<u>Bruttosozialprodukt</u>
CDOs	<u>Collateralized Debt Obligations</u>
CDS	<u>Credit Default Swaps</u>
DAX	<u>Deutscher Aktienindex</u>
EFSF	<u>European Financial Stability Fund</u> , Europäische Finanzstabilisierungsfazilität
ESM	<u>Europäischer Stabilitätsmechanismus</u>
ESRB	<u>Europäischer Ausschuss für Systemrisiken</u> , European Systemic Risk Board
ESZB	<u>Europäisches System der Zentralbanken</u>
EU	Europäische Union
EZB	<u>Europäische Zentralbank</u>
FAT	<u>Finanzaktivitätssteuer</u>
Fed	Federal Reserve System, <u>Amerikanische Notenbank</u>
FMStG	<u>Finanzmarktstabilisierungsgesetz</u>
FSB	<u>Financial Stability Board</u>
g-SIFIs	<u>systemically important financial institutions</u> , global relevante Finanzinstitute
IBRD	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ICSID	Internationales Zentrum für die Beilegung von Investitions- streitigkeiten
IDA	Internationale Entwicklungsorganisation
IFC	Internationale Finanz-Corporation
IWF	<u>Internationaler Währungsfonds</u>
KWG	Kreditwesengesetz

MIGA	Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur
SIFIs	<u>systemically important financial institutions</u> , global relevante Finanzinstitute
SoFFin	Sonderfonds für Finanzmarktstabilisierung, <u>Bankenrettungsfonds</u>
StWG	Stabilitäts- und Wachstumsgesetz
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz

Quellenverzeichnis

Bankenverband Deutschland (Hg.), Wirtschaft auf einen Blick, Februar 2006.

Bundeszentrale für politische Bildung, pocket politik 2006.

Philip Plickert, „Die Staaten als Geiseln der Banken“, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22. November 2010.

<http://www.finanz-lexikon.de/>

http://www.bundesbank.de/bildung/bildung_glossar_a.php

<http://www.finanzkrisendaten.de/>

<http://www.boerse.ard.de/lexikon.jsp?go=lexikon&p=150>

<http://boersenlexikon.faz.net/>

http://www.bundesbank.de/download/bankenaufsicht/pdf/rs4_97.pdf

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2009/05/2009-05-13-bad-bank.html>

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/03/2011-03-02-verordnung-bankenabgabe.html>

<http://www.fmsa.de/de/soffin/>

<http://www.iwh-halle.de/d/publik/wiwa/1TH-09.pdf>

http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_82/DE/BMF_Startseite/Aktuelles/Aktuelle_Gesetze/Gesetzentwuerfe_Arbeitsfassungen/entw_Finanzmarktstabilisierungsergaenzungsgesetz_anl,templateId=raw,property=publicationFile.pdf

www.deutsche-finanzagentur.de/

http://deutsche-boerse.com/dbag/dispatch/de/isg/gdb_navigation/lc/100_Market_Structure/30_auswahlindizes/100_DAX?module=InOverview_Index&foldertype=Index&wp=DE0008469008&wplist=DE0008469008&active=overview

www.pfandbriefbank.com

http://siteresources.worldbank.org/EXTABOUTUS/Resources/WhatistheWorldBank_GE.pdf

Fachartikel zur Market Due Diligence von Simon, Kucher & Partners unter: http://www2.simon-kucher.com/files/Whitepapers/whp_mdd_professionelle_bewertung_von_unternehmen_aus_sicht_des_marktes.pdf

http://www.gesetze-im-internet.de/eaeg/_4.html

<http://www.efs.europa.eu/mediacentre/news/2011/2011-004-efs-places-inaugural-benchmark-issue.htm>

<http://www.efs.europa.eu/about/index.htm>

http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_53848/sid_4070E08AAD7AE8CC46080C4B768AAC55/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/20100609-Schutzschirm-Euro.html?__nn=true

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,699304,00.html>

<http://www.ecb.int/ecb/orga/capital/html/index.de.html>

http://www.bundesfinanzministerium.de/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Europa/20110414-ESM.html

http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_97140/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Finanz_und_Wirtschaftspolitik/20100518_FAQ-Massnahmenpaket.html?_nnn=true

<http://co102w.col102.mail.live.com/default.aspx?wa=wsignin1.0verschuldeten>

<http://www.factoring.de/index.php>

<http://www.bundesverband-factoring.de/index.php?id=factoring>

http://www.bafin.de/nn_722758/SharedDocs/Veroeffentlichungen/DE/Service/Merkblaetter/mb_090105_tatbestand_factoring.html

<http://www.n-tv.de/politik/dossier/Zwei-unterschiedliche-Konzepte-article860093.html>

<http://www.ndr.de/info/programm/sendungen/wirtschaftslexikon114.html>

<http://www.mwst.de/tag/finanzaktivitatssteuer/>

http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_4328/DE/BMF_Startseite/Aktuelles/Aktuelle_Gesetze/Gesetze_Verordnungen/Finanzmarktstabi_anl,templateId=raw,property=publicationFile.pdf

<http://www.bgbl.de/Xaver/start.xav?>

[startbk=Bundesanzeiger_BGBl&bk=Bundesanzeiger_BGBl&start=//*\[@attr_id=%27bgbl109s0725.pdf%27\]](http://www.bgbl.de/Xaver/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBl&bk=Bundesanzeiger_BGBl&start=//*[@attr_id=%27bgbl109s0725.pdf%27])

http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_2366/DE/Wirtschaft_und_Verwaltung/Internationale_Beziehungen/Financial_Stability_Forum_FSF/node.html

<http://www.financialstabilityboard.org/>

<http://www.finanzen100.de/dossier/Investmentfirma/>

<http://www.fmsa.de/de/fmsa/hintergrund/restrukturierungsgesetz/>

http://www.bundesfinanzministerium.de/nn_39842/DE/BMF_Startseite/Service/Glossar/P/001_Private_Equity.html

http://bundesrecht.juris.de/kredwg/_10.html

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/europa-pakt-fuer-wettbewerbsfaehigkeit-ein-grosses-lob-fuer-die-frau-merkel-1.1054617>

<http://www.ad-hoc-news.de/moral-hazard--/de/Boersenlexikon/16331977>

Alle Internet-Quellen wurden zwischen dem 22.03.2001 und dem 17.04.2011 abgerufen.

Weiterführende Literatur



Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Schriften zu Wirtschaft und Soziales, Band 4:

Paradiese in der Krise: Transparenz und neue Regeln für Steuer- und Regulierungsoszen

Von Thomas Rixen

Berlin, 2009

ISBN 978-3-86928-012-7



Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Schriften zur Ökologie, Band 9:

Nachhaltig aus der Krise: Ökologische Finanzreform als Beitrag zur Gegenfinanzierung des Krisendefizits

Von Damian Ludewig, Bettina Meyer und Kai Schlegelmilch

Berlin, 2010

ISBN 978-3-86928-026-4



Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Schriftenreihe Europa, Band 1:

Herausforderungen für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft - Ist Europa noch zu retten?

Berlin, 2008

ISBN 3-927760-56-0



Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.), Europäische Union, Brüssel:

Herausforderung Krise: Was kann Europa?

Brüssel, 2010

Wertpapiere

Aktionfonds

Bad Banks

Hedgefonds

SoFFin

Rating

g-SIFIs

BIP

BaFin

Kapitalmarkt

